



Die
Bundesregierung

DEUTSCHLAND

aktuell

4

14

25 JAHRE FRIEDLICHE REVOLUTION

ALS DER MUT ZUR FREIHEIT SIEGTE

S. 6

ENERGIEWENDE

Damit der Strom bezahlbar bleibt S. 4

STADTUMBAU OST

Neues Leben in alten Mauern S. 10

INTEGRATION

„Wer willst Du sein?“ S. 14

PREISAUSSCHREIBEN AUF DER RÜCKSEITE



MIT DER REGIERUNGS-APP IMMER GUT INFORMIERT

Aktuelles zur Regierungspolitik, Originalaussagen der Kanzlerin, exklusive Videos und auf Wunsch Push-Nachrichten: Das bietet die Regierungs-App, die jetzt in den Stores unter dem Stichwort „Bundesregierung“ abrufbar ist. Es ist auch möglich, sich die App thematisch selbst zu gestalten.

Gleich, ob Meldungen zu Steuern, Rente, Verbraucherschutz oder zur Krise in der Ukraine: Die App bildet die gesamte aktuelle Themenpalette der Bundesregierung ab – in leicht verständlicher und übersichtlicher Form. Wenn Sie weniger lesen und stattdessen mehr hören und sehen möchten, geht auch das: Die Video-Podcasts der Bundeskanzlerin – „Die Kanzlerin direkt“ – und die wöchentliche Zusammenfassung „Die Woche der Kanzlerin“ sind feste Bestandteile der App, genauso wie exklusive Fotoreihen mit der Kanzlerin.

➤ www.bundesregierung.de,
Stichwort „Regierungs-App“



AKTUELLES

NICHT UNTER 8,50 EURO PRO STUNDE

Deutschland bekommt zum 1. Januar 2015 einen allgemeinen gesetzlichen Mindestlohn von 8,50 Euro brutto je Zeitstunde. 3,7 Millionen Menschen werden davon direkt profitieren.

Der Mindestlohn gilt auch in der Landwirtschaft. Allerdings können Saisonkräfte 70 statt – wie bisher – 50 Tage kurzfristig sozialabgabenfrei beschäftigt werden. Das geht aber nur bis Ende 2018.

Zeitungszusteller haben 2015 Anspruch auf 75 Prozent und 2016 auf 85 Prozent des gesetzlichen Mindestlohns. 2017 müssen die vollen 8,50 Euro gezahlt werden.

Ausnahmen mit niedrigeren Löhnen sind bis Ende 2016 in Branchen möglich, in denen allgemeinverbindliche Tarifverträge gelten.

Vom Mindestlohn ausgenommen sind:

- Jugendliche unter 18 Jahren,
- Orientierungs- oder Pflichtpraktika vor oder während einer Ausbildung oder eines Studiums – für maximal drei Monate,
- Langzeitarbeitslose während der ersten sechs Monate nach Aufnahme einer Beschäftigung.

Ab 2016 setzt eine Kommission von Gewerkschaften und Arbeitgebern die Lohnuntergrenze alle zwei Jahre neu fest. Die Kommission orientiert sich dabei an der Tarifentwicklung in Deutschland.

➤ www.der-mindestlohn-kommt.de

SCHNELLES NETZ FÜR ALLE

Das digitale Netz in Deutschland soll schneller werden. Bis 2018 strebt die Bundesregierung eine flächendeckende Grundversorgung mit mindestens 50Mbit/s an. Gerade im ländlichen Raum sind noch Lücken in der Versorgung zu schließen. Das bietet neue Chancen für Unternehmen und sichert die Attraktivität der Regionen und Kommunen.

Bei allen Maßnahmen im Straßenbau oder der Stromversorgung sollen künftig immer sogenannte Leerrohre für Glasfaserkabel mitverlegt werden. So wird der Breitbandausbau kostengünstig. Das ist ein Punkt der „Digitalen Agenda“, die das Bundeskabinett beschlossen hat. Eine moderne digitale Infrastruktur ist ein wichtiger Standortfaktor für die Wirtschaft und schafft Arbeitsplätze.

➤ www.digitale-agenda.de

2015 OHNE NEUE SCHULDEN

Die „schwarze Null“ steht! Erstmals seit 1969 kommt 2015 ein Bundeshaushalt ohne neue Schulden aus. Die „schwarze Null“ setzt sich über den Finanzplanungszeitraum bis 2018 fort – ein historischer Erfolg.

Die Bundesregierung hat den Bundeshaushalt erfolgreich saniert und in Wachstum investiert. Deutschland ist die Konjunkturlokomotive Europas und hält alle Defizit-Regeln mit großem Abstand ein. Deutschland bleibt Vorbild in Europa.



liebe Lesenden und Leser,

vor 25 Jahren fiel die Berliner Mauer. Im Herbst 1989 gingen in der DDR Hunderttausende auf die Straßen, um ihre Stimme gegen staatliche Bevormundung, Repression und Misswirtschaft zu erheben. Sie zwangen das Regime mit dem Ruf „Wir sind das Volk!“ in die Knie. Und es geschah, was kaum jemand so schnell für möglich hielt: Die innerdeutsche Grenze öffnete sich.

Danach sollte es kein Jahr mehr dauern, bis die Deutsche Einheit vollendet war. Angesichts vieler Unwägbarkeiten war dieses Ereignis ein Glücksfall, der einem feinen politischen Gespür für die Gunst der Stunde und großem diplomatischem Geschick zu verdanken war.

Ja, wir haben allen Grund, dankbar zu sein – denjenigen, die Mut zur Freiheit bewiesen; denen, die mit politischer Um- und Weitsicht die Wiedervereinigung Deutschlands herbeiführten; und allen, die in den vergangenen 25 Jahren die Chancen der Freiheit nutzten.

Die Aufbauarbeit war ohne Zweifel hart. Die schlechte wirtschaftliche Ausgangslage zog einen langwierigen Strukturwandel nach sich. Das machte einen Neustart vielfach schwieriger als anfangs gedacht. Inzwischen ist die Arbeitslosigkeit erheblich gesunken. Dennoch fällt sie im Osten durchschnittlich immer noch höher aus als im Westen. Daher hält die Bundesregierung an ihrer Zusage gezielter Unterstützungsmaßnahmen im Rahmen des Solidarpakts II fest.

Das Jubiläum des Mauerfalls macht uns einmal mehr bewusst: Trotz aller Widrigkeiten ist Wandel zum Guten möglich. Er wird von mutigen Menschen gestaltet. An Beispielen mangelt es nicht, wie auch diese „Deutschland aktuell“-Ausgabe zeigt. Ich wünsche Ihnen eine anregende Lektüre!

Mit herzlichen Grüßen

Angela Merkel

Angela Merkel
Bundeskanzlerin

INHALT

ENERGIEWENDE

- 4 Damit der Strom bezahlbar bleibt

25 JAHRE FRIEDLICHE REVOLUTION

- 6 **Als der Mut zur Freiheit siegte**

- 7 „Wir sind das Volk!“

- 8 Orte der Erinnerung

AUFARBEITUNG

- 9 Zwei Häftlinge auf 7,5 Quadratmetern

STADTUMBAU OST

- 10 Neues Leben in alten Mauern

KULTURFÖRDERUNG

- 11 Barockes Universum im Herzen Deutschlands

START-UP-FÖRDERUNG

- 12 Hol Dir Deine Band

HIGHTECH-MEDIZIN

- 12 Rheuma schneller erkennen

BILDUNG

- 13 Es ist nie zu spät

INTEGRATION

- 14 „Wer willst Du sein?“

ERINNERN UND GEDENKEN

- 14 Audioführung zur jüdischen Geschichte

AUSSENPOLITIK

- 16 Ein Diplomat auf Sendung

ENERGIEWENDE

DAMIT DER STROM BEZAHLBAR BLEIBT



Die Energiewende ist notwendig – da sind sich in Deutschland so gut wie alle einig. Kernkraft ist keine Alternative mehr. Der Vorrat an Öl, Gas und Kohle reicht nicht ewig. Außerdem belasten diese fossilen Brennstoffe zu stark Umwelt und Klima.

Die ersten Schritte sind gemacht: In den letzten zehn Jahren hat sich der Anteil von Wind, Sonne & Co. am gesamten Energieverbrauch auf über zwölf Prozent verdoppelt. Beim Strom liegt ihr Anteil sogar schon bei 25 Prozent.

Doch der Erfolg hat seinen Preis. Die Ökostrom-Abgabe hat Strom deutlich teurer gemacht. Deshalb hat die Bundesregierung das Fördersystem für die erneuerbaren Energien grundlegend reformiert. Anfang August ist das „Erneuerbare-Energien-Gesetz 2014“ in Kraft getreten. Die Energiewende geht damit weiter – aber ohne die Kostensprünge der Vergangenheit.

Förderung nur da, wo nötig

Das Fördersystem sorgt jetzt für eine gerechtere Verteilung der Kosten und baut bestehende Überförderungen ab. Was heißt das? Es gibt zum Beispiel weniger Geld für Windanlagen an besonders windstarken Standorten. Und für alle neuen Anlagen verringert sich schrittweise die Förderung.

Wie hoch die Förderung künftig bei Photovoltaik, Windenergie an Land und Biomasse jeweils konkret ausfällt, hängt vom Ausbau ab. Werden mehr Anlagen gebaut als im Gesetz vorgesehen, sinkt die Förderhöhe automatisch.

Mehr Wettbewerb, mehr Verantwortung

Um den Kostenanstieg zu bremsen, konzentriert sich das neue EEG auf die kostengünstigen Technologien (Wind und Photovoltaik) und legt Pfade für den jährlichen Ausbau fest. Das macht den weiteren Anstieg des Ökostroms im Energiemix plan- und berechenbarer.

Das EEG 2014 bringt zudem mehr Wettbewerb. Gesetzlich festgelegte Einspeisetarife gibt es ab nächstem Jahr nur noch für neue Anlagen mit bis zu 500 Kilowatt (kW) Größe. Ab 2016 sinkt der Grenzwert auf 100 kW Leistung. Betreiber größerer Anlagen müssen ihren Strom selbst anbieten und vermarkten.

Auch bei der Festsetzung der gesetzlichen Einspeisetarife wird Wettbewerb eine größere Rolle spielen. Denn künftig soll über Ausschreibungen das konkrete Angebot an Ökostrom und die entsprechende Förderhöhe ermittelt werden. Das neue Verfahren kommt zunächst testweise zum Einsatz – bei Strom aus Photovoltaik-Freiflächenanlagen. Spätestens 2017 soll es für jede Art von Ökostrom gelten.

Alle profitieren – alle zahlen

Wenn die Kosten auf mehr Schultern verteilt werden sollen, dann bedeutet

das: Auch wer seinen Strom selbst herstellt und verbraucht, ist verpflichtet, sich an den Kosten für den Ausbau der erneuerbaren Energien zu beteiligen. Alle profitieren vom weiteren Ausbau der erneuerbaren Energien. Und alle sind Nutznießer der bisherigen Förderung – die maßgeblich zur Markt- und Technikentwicklung der erneuerbaren Energien beigetragen hat.

Dabei gilt unter anderem:

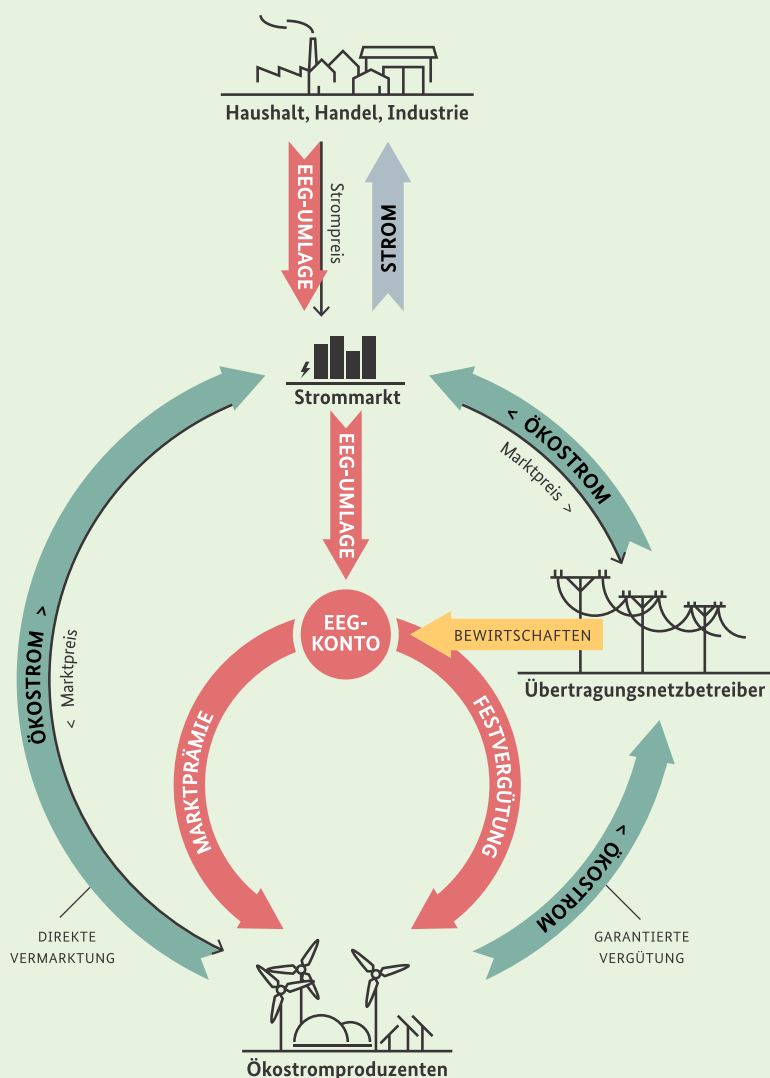
- Bestehende Anlagen sind nach wie vor von der EEG-Umlage befreit. Nur Anlagen, die seit dem 1. August für den Eigenverbrauch genutzt werden, sind einbezogen.
- Auch Kleinanlagen – zum Beispiel Solaranlagen auf Ein- oder Zweifamilienhäusern – bis zu 10 kW Leistung sind ausgenommen, sofern die selbst verbrauchte Strommenge 10 MWh pro Jahr nicht überschreitet.

Wirtschaftskraft und Wohlstand erhalten

Auch die Wirtschaft beteiligt sich an den Kosten für die Ökostrom-Förderung. Über die Ökostrom-Umlage trägt sie 2014 fast die Hälfte zur Gesamtsumme von etwa zwölf Milliarden Euro bei. Ausnahmen gelten für Unternehmen, die nicht auf besonders stromintensive Herstellungsverfahren verzichten können und in einem harten internationalen Wettbewerb stehen – zum Beispiel in der Chemie- und Kunststoffindustrie, der Metallverarbeitung oder auch der Lebensmittelindustrie. Sie können auch weiterhin eine Ermäßigung beantragen. Denn: Würden die Energiekosten dieser Unternehmen weiter steigen und ihre Produkte verteuern, würde das Hunderttausende von Arbeitsplätzen und letztendlich auch den Wohlstand in Deutschland gefährden.

➤ www.umschalten-auf-zukunft.de

SO FUNKTIONIERT DIE ÖKOSTROM-FÖRDERUNG



Das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) sichert den Anbietern von Ökostrom einen **festen Tarif** pro Kilowattstunde zu. Um die Finanzierung dieser Vergütungen zu sichern, gibt es die sogenannte **EEG-Umlage**. Sie wird von jedem Stromkunden gezahlt und beträgt derzeit 6,24 Cent pro Kilowattstunde. Für Eigenverbraucher, stromintensive Unternehmen, die im internationalen Wettbewerb stehen, und Schienenbahnen ist sie niedriger. Die Energieversorger überweisen die EEG-Umlage, die sie erheben, auf das sogenannte **EEG-Konto**.

Die Übertragungsnetzbetreiber haben die Aufgabe, den Strom aus erneuerbaren Energien ins Netz einzuspeisen und zu vermarkten. Wenn der Erlös aus dem Stromverkauf niedriger liegt als der garantierte Vergütungssatz, schließen die Betreiber diese finanzielle Lücke mit Geld vom EEG-Konto.

Die Übertragungsnetzbetreiber finanzieren über das EEG-Konto auch die sogenannte **Marktprämie**. Diese Prämie bekommt, wer seinen Strom selbst **direkt vermarktet**. Die Höhe der Marktprämie ergibt sich aus der Differenz zwischen der festen Vergütung und dem durchschnittlichen Börsenpreis für Strom. Dieser Preis wird monatlich neu ermittelt. Das neue EEG führt für neue Anlagen stufenweise die Pflicht zur Direktvermarktung ein.



25 JAHRE FRIEDLICHE REVOLUTION

Als der Mut zur Freiheit siegte

Es ist der Abend des 9. Oktober 1989: Wie an jedem Montag findet in der Leipziger Nikolaikirche das Friedensgebet statt – der SED seit jeher ein Dorn im Auge. Denn hier sprechen Menschen offen über die Probleme in der DDR. Menschen, die sich der Diktatur widersetzen. Seit Anfang September sind sie nach den Friedensgebeten auf die Straße gegangen. Jedes Mal haben Volkspolizei und Staatssicherheit eingegriffen, haben Teilnehmer verprügelt und festgenommen. Und gerade erst hat der Kommandeur der „Kampfgruppen“ in der Zeitung gedroht, die „Konterrevolution“ mit der Waffe in der Hand zu beenden.

„Wir hatten die Sorge, dass sich viele Leute dadurch einschüchtern lassen“, berichtet Uwe Schwabe, der ganz vorne mit dabei war. „Umso überraschter waren wir, als es noch viel mehr Demonstranten waren als in den Wochen davor.“ Rund 70.000 Menschen ziehen an diesem Montag über den Leipziger Innenstadtring. Mit so vielen haben auch die DDR-Sicherheitsorgane nicht gerechnet. Sie müssen vor der Menschenmenge kapitulieren.

Keine „chinesische Lösung“

„Natürlich hatten wir erst Angst“, sagt Schwabe. „Wir alle hatten ja im Kopf, dass die SED das Massaker auf dem Platz des Himmlischen Friedens in Peking gutgeheißen hatte.“ Doch das SED-Regime schreckt vor einer „chinesischen Lösung“ zurück. Und anders als beim Volksaufstand von

1953 bleiben die Panzer der sowjetischen Armee dieses Mal in den Kasernen. „Als wir merkten, dass wir so viele waren, ist die Angst verfliegen“, erinnert sich Schwabe. „Und sie ist auch nicht mehr wiedergekommen. Denn die Machthaber konnten jetzt nicht mehr zu ihrer Unterdrückungspolitik zurück.“

Signalwirkung

Zwei Tage zuvor, am 7. Oktober 1989, ist es den Menschen im vogtländischen Plauen als ersten gelungen, ungehindert zu demonstrieren. Doch davon erfährt die Welt erst später, denn in Plauen sind keine Kameras dabei. Von der Leipziger Montagsdemonstration gibt es hingegen Fernsehbilder. Sie gehen um die Welt – und haben Signalwirkung.

UWE SCHWABE,

Jahrgang 1962, war Mitglied einer kirchlichen Umweltgruppe. Als er zu der Überzeugung kam, dass man das SED-Regime beenden müsse, um wirklich etwas ändern zu können, gründete er 1987 die „Initiativgruppe Leben“ mit. 1989 gehörte Schwabe zu den einflussreichsten Bürgerrechtlern in Leipzig. Für sein Engagement hat ihn die Deutsche Nationalstiftung in diesem Jahr mit dem Deutschen Nationalpreis ausgezeichnet – gemeinsam mit dem kürzlich verstorbenen Pfarrer der Nikolaikirche, Christian Führer, dem Initiator der Friedensgebete, Pfarrer Christoph Wonneberger, und dem „Archiv Bürgerbewegung Leipzig e.V.“



Montagsdemonstration am 9. Oktober 1989 in Leipzig.

25 JAHRE FRIEDLICHE REVOLUTION

„Wir sind das Volk!“

1989 geschieht etwas, womit kaum jemand gerechnet hat. Ermutigt durch die Reformpolitik des sowjetischen Staats- und Parteichefs Michail Gorbatschow, beginnen die Menschen in der DDR, sich der Bevormundung durch das SED-Regime zu widersetzen.

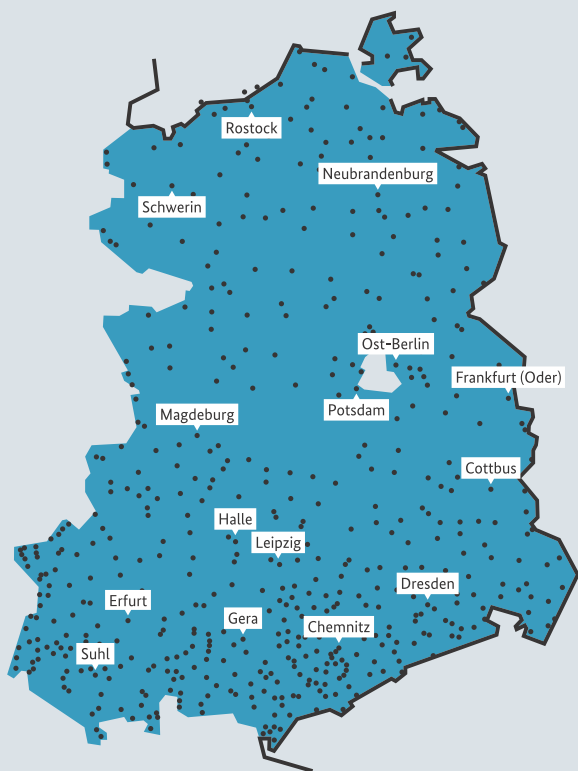
Mehrere Tausend stimmen mit den Füßen ab. Ertrotzen ihre Ausreise, indem sie westdeutsche Botschaften in den Nachbarländern besetzen oder die ungarisch-österreichische Grenzöffnung zur Flucht in den freien Westen nutzen. Viele andere wollen nicht raus, sondern Veränderungen. Wollen sich nicht länger belügen lassen wie bei der gefälschten DDR-Kommunalwahl vom 7. Mai 1989. Wollen Meinungs-, Presse-, Reisefreiheit.

Im Herbst 1989 kommt es in vielen Orten zu Demonstrationen. Auf Einschüchterungsversuche und Verhaftungen reagieren die Menschen anders, als das Regime erwartet: Sie gehen immer zahlreicher auf die Straßen. Im Oktober muss die Staatsmacht kapitulieren: Am 7. Oktober findet im vogtländischen Plauen die erste Demonstration statt, die die „Sicherheitsorgane“ nicht mehr auflösen können, zwei Tage später die erste unbehinderte in Leipzig. Anders als 1953, beim Volksaufstand in Ostberlin und der DDR, bleiben die sowjetischen Panzer in den Kasernen.

Das SED-Regime in die Knie gezwungen

Die Revolution verläuft friedlich. Mit Kerzen und Gebeten, mit den Rufen „Keine Gewalt!“, aber auch „Wir sind das Volk!“ zwingen Hunderttausende das SED-Regime in die Knie. Staats- und Parteichef Erich Honecker wird von seinen eigenen Genossen aus dem Amt gejagt, weil sie hoffen, dadurch die Vormacht der SED retten zu können.

Am 9. November beschließt die neue Staatsführung ein Reisegesetz, das jedem DDR-Bürger das Recht geben soll, in den Westen zu reisen. Bei der Bekanntgabe dieses Gesetzes vertut sich der Regierungssprecher, was den Zeitpunkt des Inkrafttretens angeht. Als die Menschen „sofort, unverzüglich“ hören, gibt es kein Halten mehr: Noch am späten Abend des 9. November erzwingen die Menschen die sofortige Öffnung der Grenzübergänge in Berlin. Die Mauer, die 28 Jahre lang Deutsche von Deutschen getrennt hat, fällt.



• Demonstrationsorte

DIE FRIEDLICHE REVOLUTION IN DER DDR

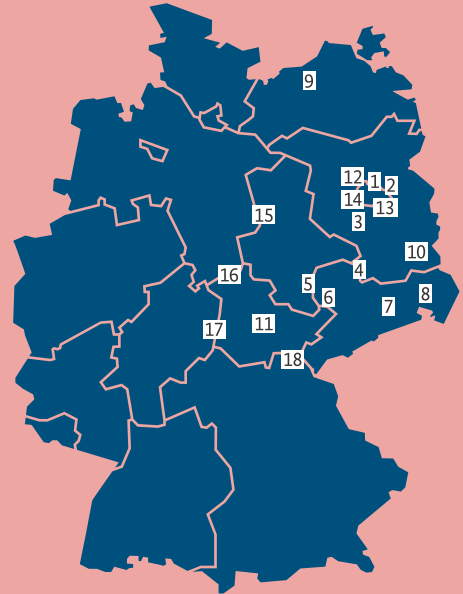
Fast überall in der DDR gingen die Menschen im Herbst 1989 auf die Straßen, um gegen das SED-Regime zu protestieren.

Quelle: ABL, Leipzig



Die Gedenkstätte Berliner Mauer an der Bernauer Straße.

GEDENKSTÄTTEN



25 JAHRE FRIEDLICHE REVOLUTION

Orte der Erinnerung

Die Gedenkstätte Berliner Mauer ist der zentrale Erinnerungsort an die deutsche Teilung im Zentrum Berlins – und der meistbesuchte: 850.000 Menschen haben sich hier im vergangenen Jahr über die Folgen der deutschen Teilung, die SED-Diktatur und den Widerstand dagegen informiert.

Der Bund unterstützt eine Reihe dieser Orte, um das Gedenken und die Aufarbeitung zu fördern. Dazu gehört auch die Dokumentations- und Gedenkstätte in Rostock (siehe rechte Seite).



WWW.FREIHEIT-UND-EINHEIT.DE

Dieses Internetangebot der Bundesregierung will an die bewegenden Ereignisse von 1989/90 erinnern – an die Friedliche Revolution, den Mauerfall und schließlich die Wiedervereinigung. Eine umfassende Chronik zeichnet die Ereignisse zwischen Januar 1989 und Oktober 1990 nach. Sie enthält neben Texten und Fotos auch Filmporträts und viele Original-Töne von Zeitzeugen. Die Filme sind zusätzlich in einer Mediathek zusammengefasst.

Veranstaltungen und aktuelle Meldungen

Außerdem finden Sie einen Terminkalender mit vielen Veranstaltungen und Ausstellungen, die aus Anlass der Jahrestage stattfinden. In der Rubrik „Aktuelles“ sind alle Meldungen, Reden etc. der Bundesregierung veröffentlicht, die im Zusammenhang mit den Themen Friedliche Revolution und Deutsche Einheit stehen.

Gedenkstätten zum Thema

Überwachung und Verfolgung

- 1 Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen
- 2 Stasi-Museum Normannenstraße, Berlin
- 3 Gedenk- und Begegnungsstätte Leistikowstraße Potsdam
- 4 Gedenkstätte Geschlossener Jugendwerkhof Torgau
- 5 Gedenkstätte Roter Ochse Halle (Saale)
- 6 Gedenkstätte Museum in der „Runden Ecke“, Leipzig
- 7 Gedenkstätte Münchner Platz Dresden
- 8 Gedenkstätte Bautzen
- 9 Dokumentations- und Gedenkstätte in der ehemaligen Stasi-U-Haft Rostock
- 10 Gedenkstätte Zuchthaus Cottbus
- 11 Gedenk- und Bildungsstätte Andreasstraße Erfurt

Gedenkstätten zu Teilung und Grenzen

- 12 Gedenkstätte Berliner Mauer
- 13 Erinnerungsstätte Notaufnahmelager Marienfelde
- 14 „Tränenpalast“ am Bahnhof Friedrichstraße
- 15 Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn
- 16 Grenzlandmuseum Eichsfeld
- 17 Gedenkstätte Point Alpha
- 18 Deutsch-Deutsches Museum Mödlareuth



AUFARBEITUNG

Zwei Häftlinge auf 7,5 Quadrat- metern

Wie müssen sich Menschen gefühlt haben, die zu DDR-Zeiten unschuldig hinter Gittern saßen? Die dort tage-, wochen-, monatelang im Ungewissen bleiben und auf ihren Prozess warten mussten? In der ehemaligen Stasi-Untersuchungshaftanstalt von Rostock kann man versuchen, das nachzuempfinden.

„Eine gescheiterte Flucht aus der DDR, ein Ausreiseantrag, Kritik an den politischen Verhältnissen oder schlicht ein politischer Witz konnte Menschen in das Stasi-Gefängnis bringen“, erklärt der Leiter der heutigen Gedenkstätte, Volker Höffer, einer Besuchergruppe. „Der jüngste Häftling war gerade einmal 14 Jahre alt.“

Erzwungene Geständnisse

Viele Häftlinge brachen in der U-Haft unter dem Druck der Verhöre und quälender Haftbedingungen zusammen. Sie gestanden häufig alles, was die Vernehmer von ihnen verlangten. Auf Grundlage dieser Aussagen verhängten Gerichte in Scheinverfahren oft lange Gefängnisstrafen.

Ende der 50er-Jahre errichtet, konnten in der Untersuchungshaftanstalt

110 Frauen und Männer inhaftiert werden. Es gab 46 Zellen, vorwiegend Zwei-Mann-Zellen mit gerade einmal 7,5 Quadratmetern. Sonnenlicht kam nur durch dicke Glasbausteine. Die Häftlinge sollten nicht sehen können, wo sie sich befanden. „Fünf Schritte längs, drei Schritte quer“, veranschaulicht Höffer die Zellengröße.

Trauma bleibt

Viele Insassen sind bis heute traumatisiert. „Einige der Gefangenen, die in Isolationshaft saßen, haben im Stillen Gedichte rezitiert“, erklärt Höffer bei der Besichtigung der Dunkelzellen im Keller. Kein Tageslicht, kein Laut drang hier herein. Die engen Freigangboxen bezeichneten die Häftlinge als „Tigerkäfige“.

Am 4. Dezember 1989 kam mit der Friedlichen Revolution endlich das Ende der Rostocker Stasi-Verwaltung – als Bürgerrechtler davor „Mahnwachen gegen die Vernichtung von Beweismitteln“ errichteten und Einlass erzwangen. Gemeinsam mit der Polizei nahm damals ein Bürgerkomitee die Stasi-Bezirkszentrale unter seine Kontrolle und sicherte die Akten für die Aufarbeitung.

Bis zum 18. Oktober präsentiert die Gedenkstätte die Sonderausstellung „Neue Zeit“. Die Schau zeigt beeindruckende Bilder vom Fall der Mauer 1989 und des rasanten Wandels danach. Der Eintritt ist frei.

📍 Dokumentations- und Gedenkstätte des BStU, Hermannstraße 34b, 18055 Rostock

🖱 www.bstu.bund.de, Stichwort „Rostock“



Die neue Stadtbibliothek von Wittstock.

STADTUMBAU OST

Neues Leben in alten Mauern

Wittstock/Dosse – das ist mehr als ein stauträchtiges Autobahndreieck zwischen Hamburg und Berlin. Es lohnt sich, hier einmal einen Zwischenstopp einzulegen und sich die Stadt anzuschauen, die dem Dreieck seinen Namen gibt.



Janine Messmer

Sie ist ein Schmuckstück, die neue Stadtbibliothek von Wittstock. Seit 2012 ist sie im ehemaligen Kontor der Wegenerschen Tuchfabrik untergebracht, nicht weit vom Marktplatz.

Janine Messmer fühlt sich hier wohl. Im Rahmen ihres freiwilligen sozialen Jahres betreut sie die Besucher der Kinder- und der Jugendbibliothek. Sie webt mit den Kindern – in alter Tuchmachertradition. In den Sommerferien hat sie einen Piratentag organisiert.

Abriss und Sanierung

Neues Leben tut der Stadt gut. Denn Wittstock/Dosse teilt das Schicksal vieler Gemeinden in den neuen Ländern. Bis 2011 ist die Einwohnerzahl der Stadt um ein Viertel auf 15.000 gesunken. Rund 22 Prozent der Wohnungen in den Plattenbausiedlungen waren nicht vermietet. Viele Häuser in der Altstadt standen leer, historische Gebäude verfielen. Das Stadtzentrum hatte ein schlechtes Image.

Die Stadtväter handelten schnell: 630 Wohneinheiten im Plattenbaugebiet wurden zurückgebaut. Bis 2016 folgten weitere 330. „Die Sanierung der Altstadt hat absoluten Vorrang“, sagt Bürgermeister Jörg Gehrman. Leerstehende Gebäude wurden gesichert, Wohn- und Geschäftshäuser saniert, Brachflächen in Parkplätze verwandelt.

Die Altstadt wiederbelebt

Die Stadtverwaltung zog vom Stadtrand in die ehemalige

Paulsche Tuchfabrik. Der frühere Verwaltungssitz ist abgerissen, die Freifläche begrünt. Die Integrations-Kita Kinderland zog in das denkmalgeschützte Gebäude der ehemaligen Realschule am Kirchplatz. Betreuer und Kinder freuen sich über die neuen Räume.

In einem denkmalgeschützten Eckhaus ist ein Familienzentrum entstanden. Kinder und Eltern nutzen Betreuungs- und Freizeitangebote. Die Besucherzahl der Bibliothek steigt. 2013 erhielt sie den Brandenburgischen Baukulturpreis. Touristen haben die Stadt für sich entdeckt. Die Stadtführungen finden regen Zulauf. Der Einzelhandel profitiert. Kurzum: Stadtumbau wirkt.

DAS PROGRAMM „STADTUMBAU OST – FÜR LEBENSWERTE STÄDTE UND ATTRAKTIVES WOHNEN“

... soll die Lebens-, Arbeits- und Wohnqualität in ostdeutschen Städten sichern. Es ist Bestandteil der Bund-Länder-Programme zur Städtebauförderung. Von 2002 bis 2013 wurden mehr als 2,7 Milliarden Euro für den Stadtumbau zur Verfügung gestellt, davon fast 1,4 Milliarden aus dem Bundeshaushalt.

www.staedtebaufoerderung.info, Stichwort „Stadtumbau Ost“

KULTURFÖRDERUNG

Barockes Universum im Herzen Deutschlands

Alles begann 1640. Herzog Ernst I. von Sachsen-Gotha, genannt „der Fromme“, machte Gotha zur Hauptstadt seines neuen Herzogtums. Zu Zeiten der schrecklichen Zerstörungen des Dreißigjährigen Krieges sehnte er sich nach einer friedlichen Residenz. Bereits 1643 legte er den Grundstein für Schloss Friedenstein. Groß sollte es werden, gleichzeitig Behörden, Münzstätte, Zeughaus, Marstall, aber auch Bibliothek und Kunstsammlungen beherbergen.

So nur hier zu sehen

Heute können Besucher deshalb ein einzigartiges Gesamtkunstwerk bestaunen. „Das Universum Gotha vermittelt barockes Denken und aufklärerisches Handeln und entführt den Besucher in den Zauber des Barocks“, erläutert der Direktor der Stiftung Schloss Friedenstein, Martin Eberle.

Für den Bund zählt das Ensemble mit der alten Münzstätte, der Bibliothek, der Kunstammer, dem Ekho-Theater, dem Museum der Natur, dem Herzoglichen Museum, dem Perthes-Forum und einer einzigartigen Parkanlage zum national wertvollen Kulturerbe. Deshalb stellt er gemeinsam mit dem Freistaat Thüringen und der Stadt Gotha rund 30 Millionen Euro für den Bau eines neuen Außendepots und die Sanierung des Herzoglichen Museums zur Verfügung.

www.stiftungfriedenstein.de

Weithin sichtbar: das Gothaer Schloss Friedenstein.



START-UP-FÖRDERUNG

Hol Dir Deine Band

Die Lieblingsband in die eigene Stadt holen? Stößt das bei anderen Musikfans überhaupt auf Interesse? Zwei junge Musiker, Nikolas Schriefer und Michael Schütz, haben die Internet-Plattform „Stagelink“ erfunden. Darauf bringen sie Fans und Künstler zusammen.

Neue Finanzierungsform

„Crowdfunding“ – auf Deutsch: „Schwarmfinanzierung“ – sorgt seit einigen Jahren für Aufmerksamkeit. So haben etwa Unterstützer das nötige Kapital für Filmprojekte zusammengebracht. „Stagelink“-Gründer Nikolas Schriefer hat das Konzept auf die Veranstaltungsbranche übertragen: Erst wenn genug Tickets verkauft sind, findet die Veranstaltung statt. Ansonsten erhalten alle ihr Geld zurück – ohne Kosten für den Veranstalter. Fans können so unmittelbar mitbestimmen, wann und wo welcher Künstler auftritt. „Wir machen Konzert-Fans zu Akteuren“, sagt Schriefer. Zurzeit gibt es den Dienst nur für Konzerte, weitere Veranstaltungsformate sollen folgen.

Rückenwind für junge Unternehmen

Das INVEST-Programm des Bundeswirtschaftsministeriums für junge innovative Unternehmen hilft. „Stagelink“ bekam einen Zuschuss für Wagniskapital. Als Preisträger des „German Accelerator“-Programms erkundet das Unternehmen jetzt den Markt in den USA. „Dieses Konzept wird den Live-Event-Markt nachhaltig verändern“, ist Oliver Hanisch, der Gründer von „German Accelerator“, überzeugt. „Deshalb haben wir „Stagelink“ für unseren Standort in New York ausgewählt.“



Die Erfinder von „Stagelink“:
Nikolas Schriefer
und Michael Schütz.

„German Accelerator“ und der INVEST-Zuschuss schaffen Chancen und stärken den Innovationsstandort Deutschland.

➤ www.germanaccelerator.com und www.bafa.de,
Stichwort „Invest“



Malte Bahner (links) hat das Hightech-Unternehmen „mivenion“ mit aufgebaut.

HIGHTECH-MEDIZIN

Rheuma schneller erkennen

Rheuma kann jeden treffen – auch junge Menschen. Eine Störung des Immunsystems verursacht Schmerzen und beeinträchtigt die Lebensqualität. Nichts ist für Patienten wichtiger als eine schnelle Diagnose: Je eher Ärzte die richtige Diagnose stellen, desto besser lässt sich diese Volkskrankheit behandeln.

Präziser als röntgen

Dabei hilft jetzt ein neuer Rheuma-Scanner namens „Xiralite“. Das Berliner Medizintechnikunternehmen „mivenion GmbH“ hat ihn entwickelt. Der Facharzt kann damit Entzündungsherde und Gelenkschäden früher und präziser als bisher erkennen. Die Diagnose ist genauer als bei einer Röntgenuntersuchung.

Auf dem europäischen Markt hatte sich „Xiralite“ schnell durchgesetzt. Seit diesem Jahr ist das Gerät auch in Kanada und den USA zugelassen.

Hightech-Gründerfonds gibt Starthilfe

Für ihre innovative Entwicklung bekam die „mivenion GmbH“ finanzielle Förderung – unter anderem aus dem Hightech-Gründerfonds. Damit unterstützt die Bundesregierung junge Unternehmen in der Gründungsphase und stärkt so den Forschungsstandort Deutschland. Firmenmitbegründer und Geschäftsführer Malte Bahner: „So können kleine und innovative Unternehmen ihre Stärken effektiv nutzen.“

➤ Mehr Informationen zur finanziellen Förderung von Technologieunternehmen unter www.high-tech-gruenderfonds.de

ES IST NIE ZU SPÄT

Jason McKelvey ist schon 30 und macht eine Ausbildung zur Fachkraft für Lagerlogistik. Erst jetzt noch lernen? Zusammen mit 16-Jährigen die Berufsschulbank drücken? Warum eigentlich nicht? Zum einen sucht die Wirtschaft händeringend Fachkräfte, zum andern hat McKelvey noch knapp 40 Berufsjahre vor sich.

Nach der Schule wollte er eine Ausbildung zum Maler und Lackierer machen, bekam aber keine Lehrstelle. Dann verhinderten persönliche Umstände einen geraden Lebensweg. Jahrelang war er in unterschiedlichen Handwerksbereichen, vor allem als Maler tätig, in seiner Bundeswehrzeit schon einmal im Bereich Logistik.

Die Chance genutzt

Beim Technik-Großhändler Martin Depner GmbH in Celle hat McKelvey einen Ausbildungsplatz gefunden. Er freut sich über die Chance, doch noch einen Abschluss machen

zu können. „Meine Kolleginnen und Kollegen beantworten mir geduldig jede Frage, mein Ausbilder Frank Feldmann steht – wenn nötig – auch nach Feierabend zur Verfügung“, erzählt McKelvey.

Sein Chef, Martin Depner, berichtet, er habe durch die Bundesagentur für Arbeit in Celle von der Initiative „Spätstarter“ erfahren und mit McKelvey einen Umschüler gefunden, der viel Potential mitbringe. „Wir können es uns nicht leisten, jungen Menschen, die aus verschiedenen Gründen den Start in die Ausbildung nicht geschafft haben, in Hilfstätigkeiten zu beschäftigen“, so Depner.

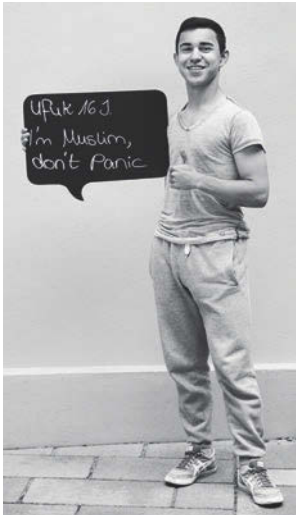
Ende Juli 2013 war McKelvey einer von 300.000 jungen Menschen zwischen 25 und 35 Jahren, die keine Ausbildung hatten. Mit seinem Einsatz in der Firma Depner hat er sich eine berufliche Perspektive erarbeitet. „Wir werden ihn nach Abschluss seiner Ausbildung übernehmen“, sagt sein Ausbilder Feldmann.



Jason McKelvey (links) hat den Dreh gekriegt.

„AUSBILDUNG WIRD WAS – SPÄTSTARTER GESUCHT“

Mit dieser Kampagne will die Bundesagentur für Arbeit in den nächsten drei Jahren 100.000 junge Leute zwischen 25 und 35 Jahren für eine betriebliche Erstausbildung gewinnen.



„SPIEGELBILD“

ist eine von rund 50 Initiativen, die das Portal „Sie tun Gutes – wir reden drüber“ des Vereins „Gegen Vergessen – Für Demokratie“ vorstellt. Es sind Initiativen, die sich etwa gegen Rassismus oder für ein Erinnern an die Verbrechen des nationalsozialistischen Regimes einsetzen. Das Bundespresseamt unterstützt das Portal.

➤ www.sie-tun-gutes.de

INTEGRATION

„WER WILLST DU SEIN?“

Sie leben in Wiesbaden, und sie haben den vielzitierten Migrationshintergrund. Sie sind jung – das verbindet sie. Sie wissen, was Diskriminierung ist, und wollen Veränderung. Und sie sind auf der Suche nach Perspektive, nach Zukunft.

„Wer willst Du einmal sein?“ Dieser großen Lebensfrage haben sich 20 Jugendliche im Alter von 15 bis 17 Jahren gestellt. Die Initiative „Spiegelbild“ in Wiesbaden hat ihnen einen Lern- und Begegnungsort geboten – für ein Projekt, das die Schülerinnen

und Schüler „Task Force Migration“ genannt haben.

Das schulübergreifende Projekt ist offen für alle interessierten Jugendlichen. Der Jugendinitiative ist es wichtig, gerade auch solchen jungen Leuten Angebote zu machen, die geringe Bildungschancen oder Migrationserfahrung haben.

Heimat, Zugehörigkeit und Toleranz

Das Angebot kommt an. Alina, Ufuk, Aila und die anderen haben viel Zeit investiert: Seit dem letzten Herbst haben sie sich jede Woche in den Räumen des Trägervereins des Aktiven Museums in der Wiesbadener Spiegelgasse getroffen. „Für uns ist wichtig, dass die Jugendlichen in Workshops und Projekten selbst etwas machen können. Nur wer Raum bekommt, hat auch Lust, sich einzubringen“, sagt Hendrik Harteman, Jugendbildungs-

referent von „Spiegelbild“. Sie haben diskutiert – über Identitätssuche, Heimat, Zugehörigkeit und Toleranz. Bei Fragen zu diesen Themen finden sie in ihrem Alltag sonst selten Unterstützung.

Botschaften über das eigene Ich

Herausgekommen sind Botschaften über das eigene Ich an die Welt. Sie haben einen 30-minütigen Film gedreht über ihre Wünsche für die Zukunft und präsentieren sich auf großflächigen Fotos mit persönlichen Statements – so wie Aila, 15: „Ich bin mehr als mein Pass!“ Sie wollen Zeichen setzen, die wahrgenommen werden. Das ist ihnen gelungen. So gut, dass die Arbeitsergebnisse im Juli in Wiesbaden in einer Ausstellung gezeigt wurden: „Ich weiß, wer ich bin und was ich will! Und Du?“

ERINNERN UND GEDENKEN

AUDIOFÜHRUNG ZUR JÜDISCHEN GESCHICHTE

HÖRPOL

HÖRPOL, eine mobile Seite fürs Smartphone, lädt zum „Bummeln“ durch Berlin-Mitte ein: zwischen Volksbühne und Friedrichstadtpalast, vorbei an Cafés und Modeläden, Musikclubs und Liegewiesen. 27 ausgewählte Stationen geben in deutscher und englischer Sprache Einblicke in jüdische Geschichte. Einfach eine Station auf der Stadtkarte auswählen.

➤ www.hoerpol.de



Peter Kettner im Hörfunkstudio.

AUSSENPOLITIK

EIN DIPLOMAT AUF SENDUNG

„Alman Usulü“ heißt wörtlich „die deutsche Art“, bezeichnet in der Türkei aber vor allem die deutsche Art, im Restaurant zu zahlen – nämlich getrennt. Für immer mehr Menschen in Ankara steht der Begriff aber auch für eine ungewöhnliche Radiosendung, die wachsenden Erfolg hat.

Peter Kettner ist Pressereferent an der deutschen Botschaft in Ankara. Er tut das, was viele seiner Kollegen weltweit auch tun. Er beobachtet und analysiert die türkische Medienlandschaft. Er informiert in der Türkei über Deutschland und ist dort Ansprechpartner für deutsche Korrespondenten.

Ein ungewöhnliches Angebot

Seit einem Jahr hat Kettner allerdings einen weiteren „Job“, der ihn von seinen Kollegen an anderen Orten unterscheidet: Er arbeitet als Hörfunkmoderator – und hat sogar seine eigene Sendung.

Auslöser war ein Besuch bei einem der größten Radiosender Ankaras. Der Redakteur von „RadyoODTÜ“ reagierte auf die Frage, ob man nicht mal „was zusammen machen“ könnte, mit einem eindeutigen „Ja“. Es sollte jedoch keine Hilfe bei einem einzelnen Beitrag, keine Eintagsfliege werden. Gefragt war eine Reihe mit wöchentlichen Sendungen.

Botschaft, Goethe-Institut und Deutscher Akademischer Austauschdienst erarbeiteten ein Konzept. Ein sechsköpfiges Moderationsteam und ein noch größeres Redaktionsteam

wurden gebildet. Am 22. September 2013, dem Tag der Bundestagswahl, ging „Alman Usulü“ auf Sendung.

Von Politik bis Fußball

Viele deutsche Botschaften nutzen neben ihren Webseiten heute die sozialen Netzwerke, um in ihrem Gastland über Deutschland und deutsche Politik zu informieren. Eine Radiosendung erschließt ein ganz neues Publikum. „Alman Usulü“ ist in Ankara in der Altersklasse der 25- bis 40-Jährigen der am drittmeisten gehörte Sender.

Erstes Thema war, passend zum Sendetag, das politische System in Deutschland. Seither geht es kreuz und quer durch die deutsche Kultur und das Leben in Deutschland. Die Themen reichen von Archäologie und Studentenbewegungen über deutsches Essen und Weihnachtsbräuche bis zum Fußball.

Anfangs war Hörfunk für die meisten Beteiligten Neuland. Mittlerweile gibt es fast so etwas wie Routine, auch wenn das Senden auf Türkisch für manchen eine Herausforderung ist. Bei den Zuhörern kommt die Sendung jedenfalls so gut an, dass inzwischen die zweite Staffel läuft.

► „Alman Usulü“ auf „103.1 RadyoODTÜ“ kann man auch via Internet hören – etwa über www.tunein.com

Gewinnen Sie eine Reise nach Berlin!

Wenn Sie diese Ausgabe von „Deutschland aktuell“ gründlich lesen, können Sie nicht nur viel Neues über die Politik der Bundesregierung erfahren, sondern auch eine Städtereise nach Berlin gewinnen. Das sind die drei Fragen:

1. Welches Gesetz bringt die Energiewende voran (Abkürzung)?
2. Welches Ereignis jährt sich am 9. November 2014 zum 25. Mal?
3. Welche Stadt entführt Besucher in den „Zauber des Barocks“?

Wer uns die richtigen Antworten schickt, nimmt an der Verlosung teil. Zu gewinnen sind drei Städtereisen nach Berlin vom 28. bis 30. November 2014: jeweils zwei Übernachtungen für zwei Personen aus Deutschland im Hotel, An- und Abreise per Bahn und Stadtrundfahrt.

Bitte den Coupon mit dem Lösungswort auf eine Postkarte kleben – Absender und Porto nicht vergessen – und senden an:

📍 Publikationsversand der Bundesregierung
Preisrätsel Deutschland aktuell
Postfach 48 10 09 | 18132 Rostock

🖱 Sie können uns die Antworten auch online mit diesem Formular übermitteln:
www.bundesregierung.de/d-aktuell-raetsel

Einsendeschluss ist der 31. Oktober 2014. Die Gewinner werden schriftlich benachrichtigt. Der Gewinn ist nicht übertragbar. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Bundespresseamtes und der Bundesministerien können nicht teilnehmen. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

Bitte tragen Sie die Lösungen ein:

1. _____
2. _____
3. _____

Absender

Name, Vorname

Straße

Ort

- Bitte schicken Sie mir die Broschüre „25 Jahre Freiheit und Einheit“.
- Bitte nehmen Sie mich in Ihren Newsletter-Verteiler auf.

@

Deutschland Aktuell 4|2014

Impressum: Herausgeber Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, 11044 Berlin **Redaktion** Uwe Spindeldreier **Druck** Frank Druck GmbH & Co. KG, Industriestraße 20, 24211 Preetz **Gestaltung** Scholz & Friends Berlin GmbH, 10178 Berlin **Bildnachweis** Titel: Andreas Schoelzel; Seite 2: Bundesregierung/Hinkelmann; Seite 3: Bundesregierung/Kugler; Seite 4: Thomas Raupach; Seite 6: Burkhard Peter; Seite 7: picture-alliance/dpa/Oy; Seite 8: Sebastian Bolesch; Seite 9: picture-alliance/dpa/Wüstneck; Seite 10: Judith Affolter; Seite 11: Burkhard Peter; Seite 12: Burkhard Peter (links), Sebastian Bolesch (rechts); Seite 13: Joanna Nottebrock; Seite 14: www.jennifersowa.de; Seite 15: laif/Narphotos/Kerem Uzel **Redaktionsschluss:** 28. August 2014

Unser Land braucht viele Talente. Wir suchen Dich.

Sana, 17 Jahre,
Verwaltungsfachangestellte

Andrej, 18 Jahre,
Koch

Julia, 26 Jahre,
Polizeikommissarin



Du musst keinen deutschen Pass haben, um dieses Land mitzugestalten. Über 130 Ausbildungsberufe im öffentlichen Dienst stehen engagierten Bewerbern aller Nationalitäten offen. Informiere Dich und mach mit bei Deutschlands Zukunft. www.wir-sind-bund.de

